

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 37 40. Jahrg.

16. Septbr. 1927

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnent: t. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu (eich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungsstatistik Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. - Druck und Expedition:
Conrad Müller Schenkenditz-Lohweg, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparelletze oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz.]

Der technische Fortschritt.

Von Prof. E. Lederer (Heidelberg).

Die Einwirkung des technischen Fortschritts auf die wirtschaftliche Entwicklung und besonders auf die Verteilung des Sozialprodukts, ferner seine Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist schon immer Gegenstand des lebhaftesten Interesses gewesen. In den letzten Jahren ist im Zusammenhang mit der Rationalisierung der Industrie die Frage der Freisetzung von Arbeitern durch die Rationalisierung, d. h. also den technischen Fortschritt in einer bestimmten Form, vielfach erörtert worden. Diese Freisetzung wird in um so größerem Maß erfolgen, je größer der Vorsprung des neuen Verfahrens gegenüber dem alten ist. Es wird dann ein Teil der freigesetzten Arbeiterschaft anderswo untergebracht werden müssen und daher mindestens für eine erhebliche Zeit arbeitslos sein.

Ob diese Arbeitslosigkeit zur Gänze vermieden werden kann, hängt von mehreren Umständen ab.

1. Jede Änderung der Produktionsmethoden wird Veränderungen im Kostenaufbau der Produktionen mit sich bringen, welche bei gleichzeitiger Verringerung der Lohnsumme in einer bestimmten Industrie und infolge der Verringerung dieser Lohnsumme entweder zu Ersparnissen der Konsumenten oder zu erhöhten Gewinnen führen. Das bedeutet eine Verschiebung in der Verteilung der Kaufkraft. Nur wenn diese so ersparte, bei bestimmten Einkommensgruppen neu zugewachsene Kaufkraft sofort wieder auf den Markt kommt, wird eine Störung vermieden werden können. Sie wird sofort wieder auf den Markt kommen, wenn im Betrag der Ersparnis sofort neuer Konsum der letzten Verbraucher möglich ist und erfolgt oder wenn diese ersparte Kaufkraft sofort wieder für Herstellung von Produktionsmitteln investiert werden kann. Das wird nun nicht immer sofort möglich sein. Wenn es nicht sofort möglich ist, so wird entweder eine Veränderung, z. B. Verlangsamung, in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes eintreten, oder aber es werden sich flüssige Mittel in den Banken ansammeln. Die Bilanzen der Banken zeigen uns in der Tat, daß die Beziehung zwischen Noten und Hartgeld einerseits, den gewährten Krediten andererseits schwankt. Jeweils, wenn sich der Status der Banken verbessert, d. h. wenn ihre Liquidität sich steigert, so ist das ein Zeichen dafür, daß Kaufkraft nicht sofort wieder den Weg in die Zirkulation gefunden hat. Das ist auch nicht verwunderlich, weil ja die Volkswirtschaft und ihre einzelnen Märkte nur bis zu einem gewissen Grade, aber nicht unbeschränkt, elastisch sind. Und Aufschub einer Nachfrage, die als Folge des technischen Fortschritts auftreten kann und meist auftreten wird, bedeutet eben Störungen, welche bis zur Arbeitslosigkeit führen können.

Eine solche (vorübergehende) Störung wäre auch in einer sozialistisch organisierten Wirtschaft, welche nach einem Plan Bedarfsgüter erzeugt und den gesamten Produktionsapparat planmäßig aufbaut, möglich. Besonders große technische Neuerungen könnten auch in einer solchen Wirtschaft zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, die überflüssig werden und nicht sofort wieder an anderen Stellen des Produktionsapparats eingefügt werden können. Aber das wäre für die gesamte Volkswirtschaft nicht mit erheblichen bedrohlichen oder auch nur nachteiligen Folgen verbunden. Denn jeweils bedeutet ja eine solche technische Veränderung, daß der Gesamttrag der Volkswirtschaft mit geringerer Arbeitsaufwendung als bisher erzeugt werden kann. Jeweils bedeutet er, daß das Sozialprodukt größer ist als bisher, und daß zu dessen Erzeugung weniger Arbeit notwendig ist als bisher. Was sollte das schaden können? Man müßte nur überlegen und evtl. besondere Einrichtungen dafür schaffen in Form neuer Produktionsstätten, um diese ersparte Arbeit wieder zu verwenden. Und es könnte bis zur Schaffung dieser neuen Arbeitsstellen Zeit verstreichen. Auch könnte es notwendig sein, Arbeitskräfte für eine neue Produktion umzuschulen. Auch das würde Zeit beanspruchen. Aber in dieser Zwischenzeit wäre doch - das liegt ja im Wesen des technischen Fortschritts - das gesamte Sozialprodukt nicht kleiner, sondern größer als bisher, und niemand in

der gesellschaftlichen Wirtschaft brauchte daher in irgendeiner Beziehung mehr Mangel leiden als bisher. Freisetzung wäre daher in einer so gelagerten sozialistischen Wirtschaft nicht mit der Arbeitslosigkeit eines kapitalistischen Systems gleichbedeutend.

2. Es liegt nun auf der Hand, daß der Umfang dieser Freisetzung im Wesen von der Durchschlagkraft des technischen Fortschritts abhängen wird. Bedeutet er nur eine relativ geringe Verbesserung des Erzeugungsprozesses, z. B. eine Verringerung der Kosten um 10 Proz., so braucht sich im ganzen die Erzeugung nicht sehr zu ändern. Weder in der Produktionsausdehnung noch in der Anzahl der beschäftigten Personen. Ist der technische Fortschritt hingegen grundstürzend, bedeutet er eine Revolutionisierung der Produktionsmethoden, mit wesentlicher Änderung in der Zusammensetzung von stehendem und umlaufendem Kapital, so wird eine Störung unvermeidlich sein. Sie wird zugleich nach Maßgabe der Senkung des Beschäftigungsgrades auch absolut genommen, nicht bloß hinsichtlich der Verteilung, die Kaufkraft in der Volkswirtschaft beeinträchtigen. Es wird also der technische Fortschritt, je radikaler und je erfolgreicher er ist, zunächst zu Störungen führen, deren Ausmaß für die ganze Volkswirtschaft bedenklich sein kann.

3. In diesem Zusammenhang ist es nun wesentlich, daß der technische Fortschritt der letzten Jahre geradezu als eine technische Revolution größten Umfangs bezeichnet werden kann, in seiner Intensität und seinem Ausmaß vielleicht nicht geringer als die Steigerung der technischen Möglichkeiten, welche die Schaffung des Eisenbahnnetzes und die Erfindungen Mitte des 19. Jahrhunderts brachten. Die Bedeutung dieser technischen Revolution ist um so größer, als wir schon über einen ganz ausgebauten technischen und Verkehrsapparat verfügen, so daß sich die technischen Neuerungen noch rascher als ehedem in einer realen Steigerung des Sozialprodukts, nicht nur in Aussichten auf eine zukünftige Steigerung derselben, ausdrücken können.

4. Jede technische Neuerung hat aber noch eine andere Seite: sie besteht ja schlechthin in der Schaffung eines Produktionsapparates, zu dessen Aufbau Zeit notwendig ist. Zeit, d. h. auch Arbeitszeit und Materialien, die letzten Endes Ergebnis von Arbeitsleistungen sind. Ein Teil der gesellschaftlichen Arbeit muß also immer auf Vorbereitung künftiger Produktion verwendet werden, welche technisch den bestehenden überlegen sind. Ob dieser neue Produktionsapparat dem bisherigen überlegen ist, hängt von seiner technischen Struktur ab. Der bisherige Produktionsapparat kann als veraltet erscheinen, auch wenn er z. B. erst zwei oder drei Jahre alt, aber eben technisch überholt ist. Das nennt Marx den „moralischen Verschleiß“ des Kapitals. Moralischer Verschleiß des Kapitals bedeutet, daß eine Produktionsanlage ihre „natürliche Lebensdauer“, auf welche hin sie technisch oder wirtschaftlich angelegt ist, nicht erreichen kann.

Der Unternehmer wird sich vor einem solchen moralischen Verschleiß des Kapitals zu schützen suchen, indem er die Abschreibungen erhöht. Er wird anstatt 10 Proz. vielleicht 20-25 Proz. Abschreibungen einkalkulieren, d. h. einen sehr erheblichen Teil des Reinertrags akkumulieren, um gegebenenfalls einige Änderungen des Produktionsapparates aus eigenen Mitteln durchführen zu können und nicht das investierte Kapital einzubüßen. Das hat auch der bekannte Industrielle Dr. Silverberg vor nicht allzu langer Zeit in der Generalversammlung einer Braunkohlenverwertungsgesellschaft klar ausgesprochen. Er hat sogar behauptet, heute müßten die industriellen Anlagen in vier bis fünf Jahren ihr Anlagekapital verdienen, um von dem Tempo des technischen Fortschritts nicht überflügelt zu werden.

Machen wir uns klar, was das bedeutet: Es würde bedeuten, daß Jahr für Jahr 20-25 Proz. des Anlagekapitals der Industrie (ohne Einschluß der Verzinsung!) glatt verdient werden muß, um die Anlagen technisch auf der Höhe zu halten. Oder aber, daß in jedem Jahr der vierte Teil aller industrieller Anlagen (ohne Rücksicht auf den Zuwachs der Produktionskräfte, ohne Rücksicht also auf Erstellung neuer Anlagen) erneuert wer-

den muß. Ganz neue Anlagen werden altes Eisen, die in sie investierte Arbeit ist privatwirtschaftlich ausgeschöpft, bevor sie noch ihre Leistungsfähigkeit, technisch, eingeübt haben. Ein sehr großer Teil der gesellschaftlichen Arbeit muß fortgesetzt verwendet werden, um nicht zu veralten. Immer neue Möglichkeiten einer rationelleren Produktion tauchen auf, um in Hinkunft noch mehr erzeugen zu können. Aber diese Mehrerzeugung wird immer wieder gehemmt durch neue Fortschritte, welche die Auswirkung des erreichten Höhengrades gar nicht gestatten, sondern zu neuen Evolutionen drängen.

So kann also auch der technische Fortschritt zu rasch sein. Wenn er zu rasch ist, dann wird zwar das Sozialprodukt einer solchen Gesellschaft rasch steigen, aber es wird zu einem sehr großen Teil aus Produktionsmitteln bestehen, und diese Quote der gesellschaftlichen Arbeit, welche der Erzeugung von Produktionsmitteln gewidmet ist, wird nicht sinken, wenn der technische Fortschritt immer neue, höhere Formen der Produktion möglich macht und im kapitalistischen Wettkampf der Nationen erzwungen. So ergibt sich ein bedeutsames, zugleich aber sehr schwieriges Problem der Wirtschaftspolitik: über das Tempo und das Gebiet des wirtschaftlichen Fortschritts zu wachen - ein spezifisches Problem der kapitalistischen Produktion. In der kapitalistischen Wirtschaft ist dieses Problem beinahe unlösbar. So haben sich in interessanter Weise entscheidende Fragen der menschheitlichen Entwicklung verschoben: Früher sagte man, und man sagt heute noch, daß die Toten über die Lebenden herrschen. In der Raserei eines technischen Fortschritts, der seinen Sinn zu verlieren droht, könnte man beinahe sagen, daß die noch nicht Geborenen die Lebenden in wachsende Arbeitsfron zwingen.

Die Unternehmerparade in Frankfurt.

Am 2. und 3. September fand in Frankfurt a. M. die diesjährige Unternehmerparade statt. Derartige Zusammenkünfte werden bescheiden als Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bezeichnet. Frankfurt ist der Sitz der kapitalmäßig größten deutschen Aktiengesellschaften der IG. Farbenindustrie A.-G., und der Vorsitzende dieser Gesellschaft ist auch zugleich Präsident des Reichsverbandes. Diese Dinge mögen als bedeutungslos gelten und doch sind sie für die Entwicklung sehr symbolisch. Was in Frankfurt geredet wurde, war vorher genau durchgesprochen und festgelegt. Was Silverberg in Dresden sagte, klang nur deshalb als eine Demonstration, weil die Öffentlichkeit und vielleicht auch ein großer Teil der Versammelten, von dem, was zum Vortrag kam, nicht unterrichtet war. Etwas dergleichen ist diesmal vermieden worden; obwohl die meisten Redner ihre Ausführungen im Sinne Silverbergs ausklingen ließen.

Begeisterte Wandlungen waren in Frankfurt nicht festzustellen. Auch daß der Vorsitzende der Tagung, Geheimrat Dr. Duisberg, in seiner Eröffnungsrede ein Bekenntnis zum neuen Staat ablegte, kam nicht überraschend. Die maßgebenden Leute der Industrie haben sich längst mit der Republik von heute abgefunden, sie haben sich in ihr heimisch gemacht und dürften gar nicht daran denken, einen gewaltsamen Umsturz zu unterstellen.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Duisberg, läßt es sich nicht nehmen, alljährlich zu den allgemeinen Fragen Stellung zu nehmen. So auch diesmal; und ist aus seinem Vortrage besonders erwähnenswert, daß er die Rentabilität der deutschen Industrie mit dem Einkommen der Arbeiterschaft in Verbindung brachte. Die an der Berliner Börse notierten Aktiengesellschaften hatten 1926 nur eine Rendite von 6,88 Proz. erbracht. Gegenüber 1913 sei die Rentabilität um ein Drittel gesunken; demgegenüber sei die Lohnhöhe für ungelernte Arbeiter am 1. Juni 1927 gegenüber 1913 um 81 Proz. und die der gelernten Arbeiter um 47 Proz. gestiegen: Man hörte dergleichen schon öfter, nur fällt hierbei auf, daß der Vorsitzende der größten Unternehmerorganisation für die Rentabilitätsindustrie ein Jahr der größten Krise und

für die Lohnhöhe der Arbeiterschaft eine Zeit des größten Aufschwungs in Vergleich setzt. Das ein solcher Vergleich schon aus diesem Grunde schief sein muß, ist in die Augen springend. Man weiß ferner, daß die Rentabilität der Industrie, in den ausgeschütteten Dividenden nicht zum Ausdruck kommt, zumal die Umstellung gewaltige Kapitalsummen festlegte. In gleicher Weise schief waren die Ausführungen, wenn Geheimrat Duisberg dem deutschen Volke Vergnügungssucht vorwirft, weil zu viele Versammlungen und Feste mit Festessen abgehalten würden. Die längste Rennbahn und die größte überdeckte Tennishalle, die nach den Worten Duisbergs in Deutschland entstehen sollen, werden nicht für die Arbeiterschaft gebaut, auch ist die Arbeiterschaft gegen den Vorwurf gefeit, daß es Feste mit Festessen abhält. Wir glauben also, daß der Vorsitzende des Reichsverbandes sich mit diesen Vorwürfen an Kreise wendet, die dem Reichsverband sehr nahe stehen dürften.

Die diesmalige Tagung stand unter dem Zeichen der Qualitätsarbeit. Herr Geheimrat Kastl verbreitete sich hierüber in seinem Vortrage „Wirtschaftspolitische Voraussetzung für deutsche Qualitätsarbeit“ sehr eingehend. Er stellte fest, daß im heutigen Deutschland dem Produktionsfaktor Arbeit eine ganz besonders wichtige Rolle zufällt. Die Notwendigkeit der Qualitätsarbeit erhält seine bestimmte Wirkung durch die Lebenshaltungsansprüche der breiten Massen sowie von dem für Deutschland bestehenden Exportzwang. Massenproduktion und Qualität dürfen keine Gegensätze sein. Aus all diesen Gründen sei das Unternehmertum und die Arbeiterschaft in gleicher Weise an einer Qualitätsarbeit interessiert. Herr Kastl erwähnte hierbei die Notwendigkeit der Preissenkung für industrielle Waren. Man vernahm leider nichts davon, daß nicht nur keine Preissenkung, sondern wie die Meßziffer zeigt, eine Preiserhöhung durch die Rationalisierung eingetreten ist. Daß das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes die Höhe der Steuern und der sozialen Abgaben kritisierte und sie als der Leistung zur Qualitätsarbeit abträglich bezeichnete, überrascht nicht. Diese Dinge gehören zum eisernen Bestand aller öffentlichen Äußerungen. Auch seien die übrigen sozialpolitischen Gesetze und Errungenschaften eher ein Hindernis, denn eine Förderung von Qualitätsarbeit. Zu den kartellpolitischen Fragen übergehend, sprach Herr Kastl die Ansicht gelassen aus, daß die Kartelle von heute mit denen vor 30 Jahren nicht zu vergleichen seien. Die Kartelle der Jetztzeit seien im Gegenteil berufen, die Normung, Typisierung und Spezialisierung der Verbandserzeugnisse herbeizuführen und zu überwachen. Die Kartelle seien also eine wirtschaftliche Notwendigkeit und müsse aus diesem Grunde die vollständige Freiheit für die Kartellwirtschaft gefordert werden. Es dürfte auch kaum überraschen, daß Herr Kastl das „Dinta“ in Schutz nahm und die durch dieses Institut betriebene „Menschenwirtschaft“ als notwendig bezeichnet. Das „Dinta“ und andere Einrichtungen gleicher Art seien in keiner Weise gegen die Gewerkschaften gerichtet.

Von den übrigen in Frankfurt gehaltenen Vorträgen ist die Rede des Herrn Dr. Bücher „Die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß“ noch von Interesse. Die Rede Büchers bildet zweifellos den Höhepunkt der Frankfurter Tagung. Es sei Aufgabe der Wirtschaft, die Erhöhung des Lebensstandards aller Volksgenossen herbeizuführen. Dabei sei die Verbilligung der Waren das erste Erfordernis. Die Verbilligung der Waren und ein hoher Lebensstandard der Bevölkerung sei abhängig von der Kooperation (gleichberechtigte Zusammenarbeit) von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft. „Ohne Wissenschaft kein wirtschaftlicher Fortschritt; ohne Unternehmertum keine moderne Produktionsstätte und keine wirtschaftliche Führung; ohne durchgebildete Arbeiterschaft überhaupt keine industrielle Leistungsfähigkeit.“ Aufgabe dieser drei Faktoren sei es, durch verständige Zusammenarbeit die beste und billigste Ware herzustellen. Leider blieb es bei diesen Leitsätzen ohne im einzelnen zu hören, was jeder einzelne Faktor in der Hauptsache zur Hebung des Lebensstandards und zur Verbilligung der Ware beitragen soll. Namentlich hätte es uns interessiert, was das Unternehmertum zu beginnen gedenkt, um jene Voraussetzungen zu schaffen. Man vernahm davon nichts, sondern verschwommene Gemeinplätze mit denen sehr wenig anzufangen ist.

Herr Bücher glaubt an das kommende Zeitalter des Hochkapitalismus, und er glaubt sich dessen ferner sicher zu sein, „daß dieser Kapitalismus nicht durch eine sozialistische Ordnung im Sinne des Marxismus abgelöst wird, sondern daß wir evolutionistisch zu Wirtschaftsformen kommen müssen, die die Härten und Ungerechtigkeiten der vergangenen Zeit beseitigen“. Man könnte es als einen Fortschritt werten, daß ein hervorragender Vertreter der Industrie von einer Entwicklung zu neuen Wirtschaftsformen überzeugt ist. Wie diese Wirtschaftsformen aussehen sollen, wurde nicht gesagt. Aber wir glauben dessen sicher zu sein, daß das Unternehmertum sol-

che Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt nicht ins Auge faßte, wenn Hannibal nicht vor dem Tore stände, d. h. wenn die Arbeiterschaft durch ihre organisatorische Stärke dem Unternehmertum etwas derartiges nicht deutlich zu Gemüte geführt hätte. Erwähnenswert bleibt noch, daß Herr Bücher aus der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit die Forderung zu einer neuen wirtschaftlichen Ethik (Sittenlehre) herleitete. Wie diese neue Sittenlehre aussehen soll, wurde nicht erörtert. Soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, bedarf sie kaum einer neuen Sittenlehre, sondern vielmehr der Festigkeit, ihre eigenen Interessen mit allem Nachdruck zu vertreten. Wir werden sehen, ob und wie der Reichsverband seinen Anhänger und Mitgliedern die neue Sittenlehre näher zu bringen versucht.

Bekanntlich werden auf öffentlichen Unternehmertagungen Beschlüsse nicht gefaßt, sondern die genau festgelegten Ausführungen werden von den Anwesenden kritisch entgegengenommen. Die großen Demonstrationen des Reichsverbandes sind also genau formulierte Forderungen der Öffentlichkeit gegenüber.

Wollte man den Kern der diesmaligen Hauptversammlung des Reichsverbandes zusammenfassen, so käme ungefähr folgendes heraus: Man wünscht einen neuen Patriarchalismus, eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern, die darauf hinauslaufen soll, die Wirtschaftlichkeit zu heben und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken. Von der einzuschlagenden Lohnpolitik, die bei der Erhöhung des Lebensstandards ein wichtiges Moment darstellt, wurde wenig gesagt. Die Senkung der Preise wurde allgemein gefordert und als notwendig bezeichnet. Dennoch hörte man nichts davon, daß diese trotz einer Rationalisierung im großen Ausmaß nicht nur ausgeblieben, sondern in das Gegenteil umschlug. Die Arbeiter und Angestellten haben für den Umstellungsprozeß der deutschen Wirtschaft große Opfer gebracht. Es wurde in Frankfurt vermieden, diese Opfer entsprechend zu würdigen und entsprechende Gegenleistungen der Unternehmer in Aussicht zu stellen.

Es war eine durchaus einseitige Herausstellung von volkswirtschaftlichen Problemen. Was Silberberg in Dresden gefordert hatte, wurde erneut bestätigt, ohne von den Konsequenzen etwas zu hören. Dagegen unterstützt man eine Werks- und Erziehungspolitik der Arbeiter, die in der Richtung der Werksgemeinschaften liegen dürfte. Die Frankfurter Tagung hat also im großen und ganzen nichts neues gebracht, aber sie hat eins der Arbeiterschaft deutlich zu Gemüte geführt, nämlich die Art und Weise, wie lükenlos und geschlossen das Unternehmertum zusammensteht und wie einheitlich es seine Forderungen zu vertreten weiß. Eine gleiche Einheitlichkeit und Geschlossenheit ist bei den Hand- und Kopfarbeitern nicht vorhanden. Macht kann nur durch Macht, Geschlossenheit gegen Geschlossenheit ausgeglichen werden. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Unternehmerparade würdigen will.

Das neue Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

II.

Das neue Jahrbuch hat die Grundeinteilung der früheren Jahrbücher beibehalten. Die ersten beiden Kapitel schildern die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926, die Stellung der Gewerkschaften zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Unternehmer und der Regierung (Wirtschaftspolitik). Die beiden folgenden Artikel greifen zum Teil über das Berichtsjahr hinaus — wie denn überhaupt aus sachlichen Gründen eine schematische Abgrenzung nicht möglich ist — und geben eine Darstellung der Weltwirtschaftskonferenz, ihrer Vorgeschichte, ihres Verlaufs und ihrer Ergebnisse sowie eine nicht minder eingehende Darstellung der Geschichte, der Arbeitsweise und der bisherigen Ergebnisse des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enqueteausschuß).

Die Analyse der deutschen Wirtschaft zeigt, daß, während die Entspannung des Arbeitsmarktes nur langsam vorstatten ging, die Unternehmungen während des Berichtsjahres kräftig gediehen. Die Regierung griff in diesen Prozeß nicht durch eine vorausschauende Wirtschaftspolitik ein. Sie ließ es bei sozialen Notstandsmaßnahmen bewenden. Der Aufschwung im Jahre 1927 ist daher eine Folge der natürlichen Spannkraft der Wirtschaft. Die Unternehmer sprachen zwar Anfang 1926 von einer Zerstörung der Grundlagen der deutschen Wirtschaft, aber die Entwicklung gab den Gewerkschaften recht, die in ihrer Denkschrift „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ vom Februar 1926 dieser Schwarzin-Schwarzmalerei ihre Auffassung entgegensetzten und mit Nachdruck erklärten, daß es ein pessimistische Diagnose durchaus ungerechtfertigt sei, daß es sich vielmehr nur um eine ernste Störung des Produktionsprozesses handle, „die ausgeht von Störungen in der Zirkulation, hervorgerufen durch den Mangel an Kaufkraft der großen

Masse der Bevölkerung, von einer falschen Verwendung des Sozialprodukts“.

In das Berichtsjahr fällt die Vorbereitung zur Weltwirtschaftskonferenz, die im Mai d. J. tagte. Bekanntlich waren die Gewerkschaften sowohl an den vorbereitenden Beratungen, wie an der Konferenz selbst durch einen Delegierten beteiligt. Eine Kundgebung, in der sie programmatisch auf die konkreten Fragen eingingen, welche auf der Tagesordnung standen, wurde der Konferenz unerbittert. Sie ist im Wortlaut abgedruckt. Auf die Verhandlungen hat sie keine starke Wirkung ausgeübt. Ebensowenig ist der Vorschlag der Arbeitervertreter, eine ständige internationale Organisation zur Fortsetzung der Arbeiten der Konferenz zu errichten, durchgedrungen. Die Zusammensetzung der Konferenz ergab von selbst, daß der Einfluß der Arbeitervertreter gering bleiben mußte. Das Kapitel des Jahrbuchs, das dieser Konferenz gewidmet ist, zeigt daher besonders deutlich, wieviel noch daran fehlt, die wirtschaftspolitischen Überzeugungen der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen und Einfluß auf eine Regelung dieser Fragen zu gewinnen.

Das Kapitel über den Enqueteausschuß kann nur über die Methoden der Untersuchung, noch nicht über ihre Ergebnisse berichten, denn der Abschluß der Arbeiten ist vorläufig noch nicht abzusehen. Wirtschaftspolitische Folgerungen können daher noch nicht gezogen werden. Sie liegen überdies „im wesentlichen jenseits der Aufgaben und der Möglichkeiten des Untersuchungsausschusses und sie werden notwendig in vielen Punkten abhängig bleiben von der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse“.

Eine Betrachtung des Arbeitsmarktes im In- und Ausland leitet über zu dem sozialpolitischen Teil des Jahrbuchs, in dem zunächst über die mannigfachen Fragen berichtet wird, die sich aus einer planmäßigen Arbeitsmarktpolitik ergeben. Die Regelung der Unterstützung der Erwerbslosen setzt die Lösung einer Fülle von Einzelproblemen voraus, über die immer wieder verhandelt werden mußte. Die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag über die Arbeitslosenversicherung bis zur Verabschiedung des Gesetzes werden kurz skizziert, ebenso der Aufbau des neuen Zweiges der sozialen Selbstverwaltung, für den das neue Gesetz die Grundlage schafft.

Im dem Abschnitt „Der Kampf um den Achtstundentag“ wird das Arbeitsschutzgesetz analysiert und ferner der Vorschlag der Gewerkschaften zur Regelung der Arbeitszeit erörtert, ihr eigener Gesetzentwurf, dessen einfache und klare Gesichtspunkte in dem Arbeitszeitnotgesetz der Regierung nicht berücksichtigt wurden, sondern einer gesetzestheoretisch unzulänglichen und sachlich unklaren Lösung dieses Problems weichen mußten.

Was infolge der politischen Konstellation bei dem Arbeitszeitnotgesetzentwurf nicht erreicht werden konnte, muß bei den Verhandlungen über das Arbeitsschutzgesetz im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag durchzusetzen versucht werden. Der bisherige Entwurf läßt eine klare Festlegung des Achtstundentages vermissen. Die tägliche Arbeitszeit kann bis zu zwölf Stunden, ja über zwölf Stunden hinaus ausgedehnt werden. Die Arbeitszeitbestimmungen sind außerdem überaus kompliziert und unübersichtlich. Die klare und eindeutige Begrenzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich, die Zulassung von Überstunden nur auf Grund tariflicher Abmachung und gegen Zahlung des Überstundenzuschlages von 25 v. H., die gesetzliche Ausschaltung von Zwangstarifen durch verbindlich erklärte Schiedssprüche, die eine längere Arbeitszeit anordnen — auf dieser Linie werden die Gewerkschaften den Kampf um den Achtstundentag fortführen.

Die Verhandlungen über den Gesetzentwurf betr. den endgültigen Reichswirtschaftsrat sind soweit gediehen, daß er im Verlauf des Jahres 1928 in Wirksamkeit treten kann. Ungeklärt dagegen ist noch die weitere gesetzliche Durchführung des § 165, die Umbildung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen zu paritätischen Wirtschaftskammern, für die sich der Enqueteausschuß erneut im Februar 1927, als einer unerläßlichen Voraussetzung der Mitwirkung der Arbeitnehmer an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte eingesetzt hat.

Auf einem anderen wichtigen Gebiet hat dagegen das Jahr 1926 eine sehr bedeutsame gesetzliche Neuregelung gebracht: das Arbeitsgerichtsgesetz. Dieses Gesetz schafft eine Grundlage, „auf der die Gewerkschaften in der Lage sind, alle Kräfte einzusetzen, um die Rechtsprechung in Arbeitsstreitsachen mit sozialem Geist zu erfüllen“. Zu seiner wirksamen Durchführung ist eine besondere Schulung der Beisitzer oder Arbeitsrichter erforderlich, für die der Bundesvorstand bereits Vorsorge getroffen hat.

Die sozialpolitische Berichterstattung wird abgerundet durch die Kapitel, die sich mit dem Arbeiterschutz im allgemeinen und dem Bauarbeiterschutz im besonderen, mit der Stellungnahme des Bundesvorstandes zu den organisatorischen Problemen der Arbeiterversicherung wie mit der Tätigkeit der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes befassen. Auch die Lehrlingsfragen (Berufsauss-

bildungsgesetz), und die Jugendschutzforderungen werden eingehend gewürdigt.

Die Konzentrationsbestrebungen der Gewerkschaften sind im Jahre 1926 erheblich gefördert worden. Aber die äußere Konzentration reicht nicht aus. Um ein gedeihliches Zusammenwirken aller Glieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sichern und die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten, ist die Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Einrichtungen und der gesamten Verwaltung ein dringendes Erfordernis. Um diese mühselige Arbeit durchzuführen, ist auf Anregung des Baugewerksbundes eine besondere Kommission eingesetzt worden, die in erstaunlich kurzer Zeit eine bedeutende Arbeit geleistet hat. Das Kapitel über die Reform der gewerkschaftlichen Verwaltung verdient daher besonders hervorgehoben zu werden. Es schildert ein Stück innergewerkschaftlicher Rationalisierung, die der organisatorischen Geschlossenheit der Bewegung zugute kommen wird.

In dem Abschnitt, der dem gewerkschaftlichen Bildungswesen gewidmet ist, findet sich eine wertvolle Statistik über die Zahl der Schüler, die von den Gewerkschaften zu den staatlichen Wirtschaftsschulen, der Akademie der Arbeit und der Heimvolkshochschule Tinz entsandt worden sind. Zum erstmaligen wird in diesem Jahrbuch auch über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, über die Bauhütten, über die Volksfürsorge und die Arbeiterbank berichtet. Damit wird ein von der Kritik mit Recht hervorgehobener Mangel der bisherigen Jahrbücher behoben. Die wirtschaftliche Initiative der Gewerkschaften steht erst in ihren Anfängen. Daß sie trotzdem schon zu sehr beachtenswerten Leistungen gelangt ist, darüber geben diese Kapitel des Jahrbuchs interessante Aufschlüsse.

Den Abschluß des Jahrbuchs bildet wie immer eine knappe Darstellung der bedeutsamsten Vorgänge aus dem Bereich der ausländischen Gewerkschaftsbewegung sowie der Entwicklung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Zum Artikel: „Sport, Jugend und Arbeiterbewegung“.

In der Nr. 35 der „Gr. Pr.“ erschien ein Artikel über das obige Thema, welches bei denen, die etwas tiefer in das Wesen der Arbeitersportbewegung hineingesehen haben, ein nicht unbedenkliches Kopfschütteln hervorgerufen muß. Als eifriger Leser der „Gr. Pr.“ habe ich schon verschiedene lesenswerte Artikel des betreffenden Kollegen gefunden, welche glücklicherweise etwas mehr Sachkenntnis voraussetzen. Man muß umso mehr erstaunt sein, wenn man von erfahrenen Kollegen eine solche windschiefe Einstellung über die heutige Sportbewegung in einer Verbandszeitschrift zu lesen bekommt.

Ohne weiteres kann man den Ausführungen des Kollegen zustimmen, soweit sie die Auswüchse des Sportes betreffen, die aber mit Sport eigentlich nichts mehr gemein haben und die man als Rekordjäger in höchster Vollendung bezeichnen kann.

Die Erfolge des Flugwesens in allen Ehren, aber der Kult, welcher leider auch von einem großen Teil der Arbeiterpresse damit getrieben wird, ist alles andere als schön. Ebenso ist es auch auf anderen Gebieten. Man denke nur an die Kanalschwimmerei, an die Verhüllung der Kanonen im Boxen, Laufen und anderen Dingen.

In der bürgerlichen Sportbewegung steht allerdings die Rekordjägeri einzelner Begabter in hoher Blüte. Ein richtiger Sportsmann ist nur der, welcher im Jahre mindestens ein halbes Dutzend Rekorde brechen kann. Hat aber der Kollege noch nichts von dem Wesen und Wirken der Arbeitersportbewegung gehört und gesehen? Das ist es ja eben, was die Arbeitersportbewegung von der bürgerlichen in sportlicher Beziehung trennt. Es ist von jeher das höchste Ziel der Arbeitersportbewegung gewesen, dem Jagen nach Preisen den Massensport zur Erfrischung des Körpers der werktätigen Bevölkerung entgegenzusetzen, weil man mit Recht erkannt hat, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt. Daß die sportliche Durchbildung nicht ohne weiteres auch die geistige Veranlagung eines Menschen schärft, versteht sich von selbst. Das hat auch die Arbeitersportbewegung begriffen und es werden daher von dieser Seite seit langer Zeit die größten Anstrengungen gemacht, gerade die Jugend mit den geistigen Problemen der Arbeiterbewegung, sei es auf politischen, wirtschaftlichen und anderen Gebieten vertraut zu machen. Das geschieht durch Vorträge, Kurse und nicht zuletzt durch persönliche Aufklärung durch die Erwachsenen. Nach den Folgerungen des Kollegen muß man allerdings annehmen, daß er die Arbeitersportler nur gelegentlich einmal gesehen hat, wenn sie zum öffentlichen Wettkampf antreten. Daß dieser noch nicht ganz zu umgehen ist, ist leider Tatsache. Jedenfalls ist man mit Erfolg bestrebt, an seine Stelle im Laufe der Zeit etwas anderes zu setzen, was dem Körper mehr dient.

Wenn wir heute feststellen können, daß ein großer Teil der Funktionäre der Arbeiterbewegung in der Arbeitersportbewegung groß geworden sind, so zeigt das eben, daß ihnen schon in

der frühesten Jugend dort die ersten Anregungen zum Nachdenken über das Wesen der Arbeiterbewegung und ihrer Befreiung aus dem kapitalistischen Joch gegeben wurden.

Daß die heutige Jugend sich mehr und mehr dem Sport zuwendet, kann man nur mit Freuden begrüßen. Wie sah es denn in früheren Jahren aus, als der Arbeitersportbewegung durch allerlei polizeiliche Schikanen die Möglichkeit genommen war, die notwendige Propaganda unter den Jugendlichen zu entfalten. Da wurden auch Rekorde gemacht. Aber auf den Tanzsälen beim Genuß von Alkohol und Nikotin. Daß solche Befähigung für die Jugend förderlich gewesen ist, kann man wohl kaum behaupten.

Grundfalsch wäre es auch, der Jugend nur mit geistiger Aufklärung zu dienen. Die Erfahrung lehrt es doch heute noch, daß dann nur ein kleiner Teil dem folgen könnte und der größte Teil sich dann bald zurückziehen würde, um nach Abwechslung zu suchen. Wie diese dann ausfällt, kann man sich sehr leicht vorstellen. Die Schule der Vergangenheit und auch zum größten Teil noch der Gegenwart sind nicht dazu angetan gewesen, der Jugend das Lernen zur Freude zu machen. Daß einsichtige Pädagogen bestrebt sind, hierin Besserung zu schaffen, muß man lobenswert anerkennen. Aber bis heute ist man leider damit noch nicht viel über das Anfangsstadium herausgekommen.

Es trifft auch nicht zu, wenn der Kollege schreibt, daß der Kapitalismus nun in dem Sport einen Helfer zur geistigen Verblödung der Arbeiterschaft gefunden hat. Wenn der Kapitalismus der bürgerlichen Sportbewegung das allergrößte Vertrauen entgegenbringt und mit allen Mitteln versucht, ihr moralisch und finanziell unter die Arme zu greifen, so zeichnet das allerdings treffend das Wesen der bürgerlichen Sportbewegung. Sie wissen eben, daß dort die Jugend von oben herab in ihrem Sinne erzogen wird. Aber das Wirken der Arbeitersportbewegung haben sie besser erkannt als die Kollegen, die heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß durch den Sport die Arbeiterschaft von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt wird, und sie versuchen deshalb mit allen Mitteln, die Massen und vor allem die Jugend von den Arbeitersportvereinen fern zu halten. — Es kommt noch hinzu, daß bei dem heutigen Stand der Technik in den Betrieben und dem Zeitalter der Rationalisierung und Bandarbeit es ganz besonders notwendig ist, den von der Tagesarbeit einseitig überanstrengten Körper des Arbeiters durch sportliche Betätigung wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Sonst kann es eben dahin kommen, daß die arbeitende Bevölkerung im Laufe der Zeit mehr und mehr abstumpft und den Aufgaben der Arbeiterschaft nicht mehr das Interesse entgegenbringt, das notwendig ist zum Aufstieg der Arbeiterklasse.

Wenn man sich das alles vor Augen hält, dann muß man allerdings zu einem anderen Schluß kommen, wie der Schreiber des Artikels. Darum muß es also unsere Aufgabe sein, gerade die Jugend geistig und körperlich zu erfrischen, damit sie dem Kampf zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung gewachsen ist. *W. Kufin.*

Ortsberichte.

Nürnberg-Fürth. Graphisches Kartell. Nach einer längeren Pause hatte das graphische Kartell wieder die Funktionäre der vier Verbände zu einer am 5. September stattgefundenen Sitzung eingeladen, in der Arbeitersekretär Genosse Kellermann einen Vortrag über das am 1. Oktober in Kraft tretende Gesetz über die Arbeitslosenversicherung hielt. Einleitend betonte der Vorsitzende, Kollege Schatt vom Verband der Lithographen und Steindruckere, die Notwendigkeit der Besprechung gemeinsam interessierender Fragen, wobei die aktuellen Probleme des Arbeitsrechts im Vordergrund stehen. Die Vorbereitung und Durchführung der sozialen Wahlen wird auch die graphischen Verbände auf dem Posten finden. Der Schutzverband Deutscher Steindruckereisitzer trägt sich mit dem Gedanken der Schaffung einer neuen Arbeitsordnung. Unter dem Deckmantel der Ruhe in den Betrieben, wird man Versuche zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse machen. Darauf die Kollegenschaft schon jetzt hinzuweisen, sie aufzurütteln, so mit die Aufgabe des graphischen Kartells sein. Der Referent betonte einleitend, daß es nicht möglich sei, im Rahmen eines Vortrages die 275 Paragraphen des Gesetzes erschöpfend zu behandeln. Er gab einen geschichtlichen Rückblick über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften, womit die Buchdrucker im Jahre 1879 den Anfang machten. 1913 zahlten die freien Gewerkschaften für diesen Unterstützungszweig 11 532 000 Mark. Auch von einigen Arbeitgeberern, wie Lanz, Zeiß usw. wurde durch Gründung von Wohlfahrtskassen, der „Verelendung“ bei Arbeitslosigkeit vorzubeugen versucht. Einige Städte hatten die Arbeitslosenversicherung in der Form des Genter Systems eingeführt, während der Staat diese Aufgabe auf die Gemeinden abzuwälzen versuchte, letztere aber diese Art der Fürsorge wieder dem Staate zuschoben; das reinste Fangballspiel. Nach der Revolution im November 1918 waren es die

Volksbeauftragten, die mit der Schaffung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung die Gemeinden zur Einführung der Erwerbslosenfürsorge verpflichteten. Damit wurden Aufgaben erfüllt, die früher der Armenpflege oblagen, ohne dabei den Charakter der Armenunterstützung zu tragen. Mit dem 15. Oktober 1923 trat die gesetzliche Beitragspflicht für Arbeiter und Unternehmer in Kraft. Die Voraussetzungen zum Bezüge der Erwerbslosenfürsorge darlegend, stellte der Redner fest, daß damit kein Rechtsanspruch verbunden war. Die Gewerkschaftskongresse in Dresden, München und Breslau forderten in wohl-begründeter Weise die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Zur Durchführung des Gesetzes wird als oberste Körperschaft eine Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung gebildet, die bei ihrer Gliederung eine Zusammenlegung der kleinen Arbeitsämter zur Folge hat. Es wurden dann vom Redner die Organe der Reichsanstalt besprochen, wobei festgelegt ist, daß in allen Körperschaften auch Frauen vertreten sein müssen. Von der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitsnachweise ist hervorzuheben, daß nicht gewerksmäßige Arbeitsnachweise beibehalten werden können und die Schaffung neuer Nachweise möglich ist. Die Gewerksmäßigen werden mit dem 31. Dezember 1931 aufgehoben. Bedauerlicherweise sind bei den Land- und Forstarbeitern, wie bisher in der Erwerbslosenfürsorge, Ausnahmen vorgesehen. Zu den Lohnklassen für die Arbeitslosenunterstützung übergehend, wurde die soziale Staffelung der Beiträge und Leistungen erläutert und die Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand aufgezeigt. Mit der Eingliederung der Arbeitslosenversicherung in die Sozialversicherung ist ein Werk zum vorläufigen Abschluß gebracht, das nicht zuletzt als ein großer Erfolg zäher Gewerkschaftsarbeit zu bewerten ist. In der Diskussion wurde vom Vorsitzenden betont, daß in Zukunft ein Rechtsanspruch besteht; das Gefühl, Almosenempfänger zu sein kommt in Wegfall. Eine Anfrage, wie es mit der Beibehaltung des Mietzuschusses an die Arbeitslosen sei, wurde mit dem Hinweis auf die kommenden Ausführungsbestimmungen erledigt. Ein Betriebsrat brachte Klagen über Sonntagsarbeit und Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit bei Arbeiterinnen vor. Es sollen derartige Mißstände in gemeinsamen Geschäftsversammlungen in Zukunft behandelt werden. Ein Antrag, jedes Vierteljahr eine Funktionärsversammlung abzuhalten, wurde dahin abgeändert, daß die Zusammenkünfte nach Bedarf stattfinden, jedoch sollen mindestens alle drei Monate derartige Ausdrücke sein. Der Ortsausschuß Nürnberg hat beschlossen, ein Gewerkschaftshaus zu errichten. Zur Finanzierung macht sich die Erhebung von Extrabeiträgen ab 1. Oktober notwendig. Hingewiesen wurde auf die unzulänglichen Büroräume der meisten Gewerkschaften und dem Mangel an geeigneten Versammlungslokalen. Zur Frage des Arbeitsgerichtsgesetzes, bzw. dessen Durchführung, wurde die bisherige Spruchpraxis des Gewerbegerichtes scharf kritisiert. Den Gewerkschaften aller Richtungen ist es gelungen, die Berufung des Gewerbegerichtsdirektors an das Arbeitsgericht zu verhindern. Im Schlußwort faßte Kollege Schatt das Ergebnis der Versammlung kurz zusammen, verwies auf den gewerkschaftlichen Idealismus der graphischen Arbeiterschaft und forderte auf zur gegenseitigen Unterstützung in der Agitation und vor allem bei der Abwehr verschlechterter Arbeitsbedingungen.

Chemnitz. Der Bericht vom Gaujugendtreffen in Dresden (Nr. 35 „Gr. Pr.“) am 21. und 22. August enthält im zweiten Satz einen Tadel der Chemnitzer. — Wir verwahren uns dagegen und lehnen ebenso den gutgemeinten Ratschlag ab.

Bedauerlich ist, daß der Verfasser ein Vorurteil gefaßt hat, ohne sich um die gegenwärtigen Verhältnisse zu erkundigen.

Am Gaujugendtreffen in Dresden am 21. und 22. August beteiligten sich 25 Chemnitzer Lithographen- und Steindruckerehrliche. Vergleicht man die Gesamtzahl (62), so ist das immerhin ein Erfolg, wenn man folgende Umstände berücksichtigt:

Bis zum Tage des Gaujugendtreffens hatten bereits zwei Klassen der Berufsschule (Lithogr. u. Steindr.) die Ausstellung in Dresden besucht. Lehrlinge, die sich nicht daran beteiligten, mußten am nächsten Tage zur Schule kommen. Man muß die Jugend verstehen, um zu wissen, daß es den meisten auf den schulfreien Tag ankam. Hinzu kommt, daß Sport- und Spielfanatismus auf die Schule keinen Einfluß haben (Schulpflichtgesetz), wohl aber auf den Versammlungsbesuch der Lehrlingsabteilung (wie überall). Für alle Zeit wollen wir aber nicht vergessen, daß es einigen Prinzipalern nicht möglich war, auf die Tätigkeit ihrer Lehrlinge am Montag, den 22. August zu verzichten.

Unsere Lehrlinge sind mit den Buchdruckern und Buchbindern in einer Lehrlingsabteilung vereinigt. Der Zukunftsraum der Gehilfen ist also bei den Lehrlingen schon einige Jahre Wirklichkeit. Auch dieser Zustand beeinträchtigt, weil die Vorbedingungen in anderen Städten noch nicht gegeben sind.

Mitgliedschaft Chemnitz.
I. A.: Max Schöbel, Vors.

Feuilleton.

Reiseeindrücke in England.

I.

Jeder Arbeiter hat das Streben außerdeutsche Verhältnisse kennen zu lernen. Ich benutzte daher gerne die Gelegenheit, unter bewährter Führung eine Reise nach England mitzumachen. Das Beobachten anderer Verhältnisse, das Kennenlernen anderer Gewohnheiten, läßt eine kritische Betrachtung der heimischen Zustände zu. Der Blick wird geweitet und dadurch das Urteil ein sicheres.

Den Gewerkschafter interessieren an erster Stelle die Arbeitsverhältnisse und die Arbeiterbewegung eines anderen Landes. In dieser Hinsicht brachte mir meine Reise volle Zufriedenheit. Es war mir möglich, Einblick zu gewinnen in englische Verhältnisse, die mir mehr Aufschluß geben, als irgendein dickes Buch über England. Wir hatten Gelegenheit im Hause der „Labour Party“ führende Leute der englischen Gewerkschafts- als auch der politischen Bewegung kennen zu lernen, und gerne gaben uns die englischen Freunde Auskunft über unsere Fragen. Dadurch, daß wir aber die Gelegenheit wahrnehmen konnten, einige englische Betriebe zu besichtigen, erhielten wir ein abgerundetes Bild. Es wäre falsch, wollte man die englischen Verhältnisse mit deutschen Augen ansehen und beurteilen. Da bekäme man ein schiefes Bild. Will man die dortigen Arbeitsverhältnisse verstehen, so muß man bedenken, daß jedes Land eine andere Entwicklung durchgemacht hat, und daß demnach so vieles ganz anders sein muß. Es zeigt aber auch, was bei uns gut ist, auf was wir stolz sein können und wo wir Versäumtes notwendig nachzuholen haben. Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich der deutschen Kollegenschaft besondere Erkenntnisse meiner Reise unterbreiten.

Wie ist nun die wirtschaftliche Lage der englischen Arbeiter? Die Entlohnung ist genau so unterschiedlich als hier. Gut organisierte Arbeiter haben höhere Löhne als schlecht organisierte. Umgerechnet in deutsches Geld, verdient in London ein Hofarbeiter in einer Gasanstalt wöchentlich 57 Mk. Ein Feuermann hat 70 Mk. Ein Buchdrucker hat 85 Mk. und mehr. Der Bauarbeiter hat z. B. in London 85 Mk., in der Provinz dagegen nur 68 Mk. Die Arbeitslöhne müssen in London schon höhere sein als auf dem Lande, da der Arbeiter in dieser Residenzstadt gezwungen ist, viel Geld für Fahrgelegenheiten auszugeben. Die Überstundenentschädigung war in den Betrieben, die wir besichtigten, ähnlich als bei uns. Gewöhnlich werden extra bezahlt: für die ersten beiden Überstunden 25 Proz., für die weiteren 50 Proz. und für Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag. Trotz der außerordentlich schmutzigen Arbeit, die z. B. in einer Gasanstalt zu verrichten ist, erhält der Arbeiter nicht Seife und Handtuch vom Geschäft, sondern muß sie sich selbst kaufen. Erwähnt sei noch, daß in London die Gasanstalten keine Kommunalbetriebe sind, sondern Privatbetriebe. Die Krankenfürsorge ist in England nicht so straff in Händen des Staates. Die Verpflichtung, die in dieser Hinsicht der Unternehmer hat, ist diesem fast völlig überlassen. Auch Betriebsvertretungen bestehen dort. Allerdings nicht in der Form, wie in Deutschland. Sind bei uns die Betriebsvertretungen Institutionen, die Rechtsschutz genießen, oder, die besser gesagt, auf Grund des Gesetzes eingeführt werden müssen, so sind sie in England freiwilliger Natur. Der Unternehmer setzt sich wöchentlich einmal mit den Vertretern der Arbeiter und Angestellten zusammen. Er bespricht die Betriebsverhältnisse mit ihnen und nimmt ihre Wünsche entgegen. Dieser Betrieb gewährt auch seinen Arbeitern Aktien. Wer ein Jahr in dem Betrieb beschäftigt ist und die Firma ist mit ihm zufrieden, der bekommt Aktien von seiner Firma. Diese Aktien bleiben dann dauernd in seinem Besitz.

Mit diesem Aktienbesitz ist aber noch ein anderer Vorteil verbunden. Es ist allgemein bekannt daß der Engländer ein Sportsmann ist. Die Firma unterhält für ihre Arbeiter einen Sportplatz. Zutritt zu diesem haben nur Arbeiter, die über Ak-

tien der Firma verfügen. Ist der Arbeiter 60—65 Jahre alt, so gewährt ihm die Firma eine Pension. Diese zahlt sie dann bis zu seinem Tode. Wir finden also ein geschicktes System vor, um den Arbeiter für die Rentabilität und den Bestand des Betriebes zu ermuntern. Ferien gewährt die Firma jedem Arbeiter jährlich eine Woche, den Angestellten zwei Wochen. Aber noch in einer anderen Weise kommt die Firma ihren Arbeitern entgegen. Es bestehen in England Vereinigungen, die den Zweck haben, weite Kreise des Volkes kriegstüchtig zu erhalten. In jedem Jahr finden große Übungen statt. Diese dauern zwei Wochen. Den ausfallenden Arbeitslohn für diese zwei Wochen bezahlt ebenfalls die Firma. Es ist also dasselbe Bild wie bei uns. Für sanitäre Einrichtungen und Schutzmaßnahmen ist kein Geld vorhanden, für militärischen Humbug sind jedoch die Kassen offen.

Die guten Beziehungen, die unser Kollege Ernst Herbst in London hat, ermöglichten uns einen Besuch der „Daily Mail“. Die Erwartungen waren hoch gestellt. Diese große Zeitung erscheint in einer täglichen Auflage von 2 Millionen. Am 4. August, als wir die Zeitung besichtigten, erschien sie in einer Stärke von 16 Seiten. Bedenkt man, daß die englischen Zeitungen im Format noch einmal so groß sind als die deutschen, so ermißt man, welcher Apparat nötig ist, um in einer Nacht eine solche Arbeit zu erledigen. Betritt man als Fremder einen Arbeitsraum eines modernen Betriebes, so braucht man einige Zeit des Besinnens. Alles scheint durcheinander zu gehen. Leute eilen geschäftig hin und her. Bei genauem Zusehen merkt man doch eine ordnende Hand über dem Ganzen. Organisation heißt das Zauberwort im modernen wirtschaftlichen Leben. In dieser Beziehung war bei dem Besuch in dieser großen Druckerei viel, sehr viel zu lernen. Mehr denn irgendwo anders gilt in einem Zeitungsunternehmen der Satz: „Zeit ist Geld“. Sollen Ereignisse, die im Laufe des nachmittags oder abends sich zutragen mitternachts bereits in der Zeitung, vielleicht sogar als Bild, erscheinen, so kann es nicht viel Aufenthalt geben. Die gesamte Einrichtung ließ erkennen, daß ein reibungsloses Hand in Hand arbeiten gegeben ist.

Mittels einer Rohrpostanlage ist es möglich, auf raschestem Wege Abzüge oder Manuskripte an die gewünschte Stelle zu befördern. Im obersten Stockwerk sind die Setzer untergebracht. Ein großer Saal voll mit Setzkästen. Hier stehen die Handsetzer. Ihre Aufgabe ist es, die über die ganze Zeitung verteilten Annoncen und Anzeigen zu setzen. Eigenartig mutet ihre Kleidung an. Den blau-weiß gestreiften Kittel des deutschen Kollegen vertauscht der englische Handsetzer mit der weißen Schürze. Die Setzmaschinen, ohne die eine moderne Druckerei nicht mehr auskommt, sind im nächsten Saal untergebracht. 33 dieser hochkomplizierten Maschinen stehen hier beieinander. Alle Maschinen ein System. 38 Linotype müssen den nötigen Maschinensatz liefern. Die Linotype ist eine Zeilenquämaschine, die die höchste Leistung ermöglicht. Sie ermöglicht eine Stundenbuchstabenleistung von 6000. Andere Setzmaschinen gestatten 4500—5000 Buchstaben die Stunde. Das Streben ist also auch hier, größte Leistungsfähigkeit zu erzielen. An einer langen Tafel steht der Metteur. Er stellt den Satz, wie er von den Setzern geliefert wird, so zusammen, wie er in der Zeitung erscheinen soll. Eine große, schwer gebaute Prägepresse dient zur Herstellung der Matrizen.

Die schwersten Maschinen stehen in den unteren Räumen. In der Stereotypie werden die Druckplatten hergestellt. An vier automatischen Gießöfen herrscht regstes Leben. Erstaunlich schnell geht der Gießvorgang vor sich. Hier darf auch keine Zeit mehr verloren werden. Der Satz ist fertig und schnellstens soll nun die Zeitung erscheinen. Bedenkt man, daß hier allabendlich einige hundert Platten gegossen werden, so versteht man die Organisation, die in einer solchen Abteilung nötig ist. In einer Fräsmaschine werden die Platten auf der Rückseite von allen Unebenheiten befreit. Mittels eines endlosen Bandes gelangen die Platten nun in den Maschinenpark. Ein Maschinenpark, wie er in seiner Größe und Ausdehnung nicht gleich wieder zu finden ist. In langen Reihen stehen die Riesen von Ro-

tationsmaschinen. Eine solche Maschine ist ebenfalls ein Gipfelwerk der Technik. Ein ungeheures Brausen geht durch den Saal. Einige Maschinen waren druckfertig und zeigten uns, wie sie arbeiten. Nicht nur der Laie, auch der Fachmann, steht immer wieder bewundernd vor diesen Maschinen. Von einer großen Papierrolle wird das unbedruckte Papier zugeführt und in einigen Minuten liegt ein ganzer Stoß Zeitungen fertig gedruckt und gefalzt vor uns. Man kann nichts genaueres sehen, ungeheure Geschwindigkeit. Die Walzen und Zylinder drehen sich in rasendem Tempo und man staunt nur, daß das dünne Papier ohne Störung sich dieser Prozedur unterzieht. An anderen Maschinen konnten wir beobachten, wie die Drucker ihre Maschinen fertig machen. Platten standen überall herum, und wurden nacheinander auf die Plattenzylinder gebracht. Die Papierzufuhr geschah vom Keller aus. Eine Unzahl Rollen von Papier lag hier. Infolge des größeren Formates der englischen Zeitungen, sind auch die Rollen viel länger. Auch hier konnten wir beobachten, daß das Modernste, was es im Gewerbe gibt, angeschafft war. Um den Stillstand der Rotationsmaschine beim Auswechseln der Papierrolle auf ein Mindestmaß zu beschränken, bedient man sich einer einfachen Einrichtung. Ist eine Rolle zu Ende, so genügt ein Hebeldruck, eine neue Rolle liegt an der richtigen Stelle und die Maschine saust weiter. So ist der ganze Betrieb von oben bis unten abgestimmt auf pünktlichste und sorgfältigste Arbeitsleistung eines jeden einzelnen. Nur so wird der reibungslose Ablauf des gesamten Arbeitsprozesses gewährleistet. Die fertig gedruckten Zeitungen kommen in den Packraum. Eine sinnvolle Transporteinrichtung befördert jede einzelne Zeitung, sowie sie die Maschine verlassen hat, hoch über die Maschinen hinweg in eine andere Abteilung. Wir sehen die Arbeiter, wie sie mit Schnelligkeit die Zeitungen in Pakete zusammenschürren. Eine weitere Beförderungsanlage schafft die Pakete zu dem Ausgang des Raumes. Dort harren die Autos, werden gefüllt und bringen die Zeitungen an alle Plätze der Residenzstadt London. Die Papierrolle, die vor einer Stunde noch unberührt im Keller lag, wandert jetzt als fertige Zeitung durch die Straßen Londons. Abends 1/211 Uhr beginnt der Druck der Zeitung und früh morgens die 2 Millionen fertig sein; da preist der Zeitungshändler das Neueste an. Eine englische Zeitung hat nicht so viel feste Abonnenten als eine deutsche. Viele Zeitungen werden im Einzelhandel verkauft. Damit muß gerechnet werden. Durch bestimmte Schlagzeilen und Überschriften soll der Käufer zum Kaufen angeregt werden.

Vom Büchertisch.

Das neue Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Inselstr. 6.

Die Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wie sie in regelmäßiger Folge seit dem Jahre 1923 erscheinen, haben eine doppelte Bedeutung. Sie sind erstens Rechenschaftsberichte des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit während des vergangenen Jahres, in denen die Bilanz des Erreichten gezogen wird. Sie bieten daher jeweils ein geschlossenes Bild der modernen Gewerkschaftspolitik. Aus jedem dieser Jahrbücher kann der nicht mit der Bewegung vertraute Leser sich einen Überblick verschaffen über das weite Gebiet, auf dem die Gewerkschaften heute wirken. Der in der Bewegung tätige Funktionär aber wird aus dieser Darstellung den großen Zusammenhang kennen lernen, in dem seine eigene Arbeit, gleichgültig in welchem Wirkungskreise er sie leistet, mit der Gesamtbewegung steht. Die Jahrbücher sind zweitens ein Stück gelehrte Gegenwartsgeschichte. Gegenwartsgeschichte ist keine gelehrte Angelegenheit. Gegenwartsgeschichte ist Politik, sie will eingreifen in das geschichtliche Werden. Die Verhältnisse der Gegenwart sind hier nicht nur Gegenstand der Betrachtung, sondern Objekt eines auf ihre Änderung gerichteten Willens. Gegenwartsgeschichte ist daher, wenn sie ihren Sinn erfüllen soll, eine mitgestaltende Kraft der Zukunft. Näheres siehe die Nr. 36 und 37 der „Graphischen Presse“.

Leitfaden für die Berufung, Stellung und Tätigkeit der Beisitzer bei den Arbeitsgerichtsbehörden. Von G. Abrahamsohn. Verlag ADGB., Ortsausschuß Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 51. Preis 50 Pf.

Wie der Verfasser im Vorwort selbst betont, will dieses Büchlein kein Ersatz für einen Kommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz sein, sondern dem gerecht werden, was der Titel verspricht. Das ist gut gelungen. Die Zusammenstellung der Bestimmungen im Arbeitsgerichtsgesetz, im Gerichtsverfassungsgesetz und in der Zivilprozeßordnung, die die Berufung, Stellung und Tätigkeit der Laienbeisitzer regeln, ist gut gelungen. Knappe Hinweise auf die zuständigen Gesetzesbestimmungen machen das Büchlein sehr wertvoll. Wir können das Schätzchen unseren Arbeitsrichtern nur bestens empfehlen.

Tüchtige ledige

Maschinenmeister

für Blechdruck sofort gesucht.

Fr. Ewers & Co., Lübeck.

Jüngeren

Aufzeichner,

der auch Messing stechen kann, stellt durch den Arbeitsnachweis ein

Südhanoversche Druckwalzenfabrik, G. m. b. H., Einbeck i. Hann., Postfach 21.

Zinkdruckplatten

in Ia Lithographie-Qualität

la Auswaschtinktur

Zinkätzsalz, D.F.R.P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Fernspr. Mor. 12.289